



An den Grossen Rat

14.5158.02

PD/P145158

Basel, 2. Juli 2014

Regierungsratsbeschluss vom 1. Juli 2014

Schriftliche Anfrage Joël Thüring betreffend Legalisierung von Cannabis – Verhalten einzelner Staatsangestellter und des Regierungsrates

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Joël Thüring dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Gemäss der Zeitung "Schweiz am Sonntag" vom 30.03.2014 findet vom 07. bis und mit 09.05.2014 in Basel die "Europäische Harm Reduction Konferenz" statt, an welcher u.a. auch das Bundesamt für Gesundheit und der Kanton Basel-Stadt finanziell beteiligt sind und sich um die Organisation kümmern. Am Anlass wird u.a. auch über die Legalisierung von Cannabis in der Schweiz gesprochen - hierfür werden Vertreter aus dem US-Bundesstaat Colorado angehört, welche den Cannabis-Verkauf und Konsum seit anfangs Jahr legalisiert haben.

Als Gast wird offensichtlich auch der oberste Basler Stadtentwickler aus dem Präsidialdepartement, Thomas Kessler, teilnehmen. Dieser befürwortet die Legalisierung und hat ein Konzept entwickelt, welches an die Lösung des US-Bundesstaates Colorado anlehnt. Sein Modell will Thomas Kessler zudem auch der Eidgenössischen Kommission für Drogenfragen EKDF vorstellen.

Der Anfragende bittet den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso nimmt Thomas Kessler als Stadtentwickler an diesem Kongress teil, obschon dieses Dossier kaum dem Präsidialdepartement zugeschrieben werden kann?
2. Wurde er durch den Regierungsrat offiziell an diesen Anlass delegiert und wird er dafür entschädigt (Arbeitszeit, Honorar etc.)?
3. Stellt Thomas Kessler "sein" Modell der EDKF während der Arbeitszeit vor und wem rapportiert er im Anschluss über diesen Auftritt?
4. Ist für die Cannabis-Thematik im Kanton Basel-Stadt neu das Präsidialdepartement und nicht mehr das Gesundheitsdepartement zuständig?
5. Ist Thomas Kessler und die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung zu wenig ausgelastet und dadurch eine Teilnahme an einem für sein Departement themenfremden Anlass gerechtfertigt?
6. Thomas Kessler befürwortet die Legalisierung von Cannabis analog dem Modell "Colorado": Hat der Regierungsrat zu dieser Frage einen Grundsatzentscheid gefällt und sich ebenfalls für eine Legalisierung von Cannabis ausgesprochen? Falls ja, basierend auf welchen Grundlagen? Falls nein, weshalb kann Thomas Kessler dann diese Haltung öffentlich vertreten?
7. Teilt der Regierungsrat nicht auch die Meinung der allermeisten Experten und Psychologen, dass Cannabis die Einstiegsdroge Nr. 1 ist und langanhaltende und/oder permanente psychologische und traumatische Schäden die Folge davon sind?

8. Weshalb finanziert der Kanton Basel-Stadt solche Kongresse mit, obschon er weiss, dass eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Legalisierung von Cannabis ist?

Joël Thüring“

Wir beantworten diese schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wieso nimmt Thomas Kessler als Stadtentwickler an diesem Kongress teil, obschon dieses Dossier kaum dem Präsidentialdepartement zugeschrieben werden kann?

Thomas Kessler hat auf Einladung der Organisatoren am abendlichen Vernetzungsanlass der "Harm Reduction Conference" teilgenommen.

Frage 2: Wurde er durch den Regierungsrat offiziell an diesen Anlass delegiert und wird er dafür entschädigt (Arbeitszeit, Honorar etc.)?

Siehe Antwort zu Frage 1 und 3.

Frage 3: Stellt Thomas Kessler "sein" Modell der EDKF während der Arbeitszeit vor und wem rapportiert er im Anschluss über diesen Auftritt?

Thomas Kessler war von 1996-2013 Mitglied der EKDF und berät sie auf Wunsch des Bundes als externer Experte bis Ende Juni 2014. Seine effektiv geleistete Arbeitszeit übersteigt die vertraglich festgelegten Stunden bei Weitem. Über seine Aktivitäten besteht gegenüber dem Vorgesetzten volle Transparenz.

Frage 4: Ist für die Cannabis-Thematik im Kanton Basel-Stadt neu das Präsidentialdepartement und nicht mehr das Gesundheitsdepartement zuständig?

Nein.

Frage 5: Ist Thomas Kessler und die Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung zu wenig ausgelastet und dadurch eine Teilnahme an einem für sein Departement themenfremden Anlass gerechtfertigt?

Siehe Antworten zu den Fragen 1 und 3.

Frage 6: Thomas Kessler befürwortet die Legalisierung von Cannabis analog dem Modell "Colorado": Hat der Regierungsrat zu dieser Frage einen Grundsatzentscheid gefällt und sich ebenfalls für eine Legalisierung von Cannabis ausgesprochen? Falls ja, basierend auf welchen Grundlagen? Falls nein, weshalb kann Thomas Kessler dann diese Haltung öffentlich vertreten?

Thomas Kessler hat bereits in den 1980er-Jahren zur Hanfregulation publiziert. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Städte Bern und Zürich sowie der Kantone Genf und Basel-Stadt (Gesundheitsdepartement) prüft derzeit verschiedene Varianten für eine regulierte Cannabis-Abgabe. Das Gesundheitsdepartement ist seit über einem Jahr in der Arbeitsgruppe vertreten und beteiligt sich an der Diskussion bezüglich adäquater Regulierungsmodelle, wie sie derzeit auf nationaler Ebene stattfindet. Der Grosse Rat hat am 21. November 2012 in diesem Sinne den Anzug Tanja Soland und Konsorten betreffend Pilotversuch zum kontrollierten Verkauf von Cannabis stehen gelassen. Die Beantwortung durch den Regierungsrat erfolgt im Herbst 2014.

Frage 7: Teilt der Regierungsrat nicht auch die Meinung der allermeisten Experten und Psychologen, dass Cannabis die Einstiegsdroge Nr. 1 ist und langanhaltende und/oder permanente psychologische und traumatische Schäden die Folge davon sind?

Die Risiken des Cannabis-Konsums sind bekannt; sie hängen wie beim Alkohol und Tabak stark vom Alter und der Häufigkeit des Konsums ab. Die fehlende Qualitätskontrolle birgt weitere Risiken. Gerade deshalb wird über Regulationsmodelle mit einem verstärkten Jugendschutz und

kontrollierten Angeboten diskutiert. Die These das Cannabis als Einstiegsdroge zum Konsum härterer Drogen führt ist wissenschaftlich umstritten. Die Koinzidenz der Nutzung legaler oder illegaler Drogen und darauffolgendem weiteren Drogenkonsums ist v.a. bei den legalen Drogen Nikotin und Alkohol wissenschaftlich belegt.

Frage 8: Weshalb finanziert der Kanton Basel-Stadt solche Kongresse mit, obschon er weiss, dass eine Mehrheit der Bevölkerung gegen eine Legalisierung von Cannabis ist?

Basel-Stadt betreibt seit jeher eine differenzierte und evidenzbasierte Suchtpolitik. Der internationale Fachkongress „Harm Reduction Conference“ mit über 700 Teilnehmenden war dem Thema Schadenminderung im Bereich von legalen und illegalen Substanzen sowie der Diskussion von unterschiedlichen Regulierungsmodellen gewidmet. Ausserdem diente er dem Austausch neuer Erkenntnisse und ermöglichte eine Plattform für die Bekanntmachung der innovativen schweizerischen und baselstädtischen Suchtpolitik.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident

§



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin